

Die Grünen und die Grundbesitzer

Eigenartige Allianzen mit Bodenreform-Gegnern:

Die Agrarstruktur im Nordosten soll „ökologischer“ werden / Von Frank Pergande

GÜSTROW, im Juni. Wenn sich die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem ländlichen Raum beschäftigen, dann liegen ihre Themen auf der Hand: gegen Massentierhaltung, für Artenvielfalt auf Wiesen und Äckern. Ungewöhnlich ist, dass sich die Grünen nun auch mit den Eigentumsverhältnissen auf dem Land beschäftigen, genauer gesagt, mit dem DDR-Erbe und, noch genauer, mit den gescheiterten Umwandlungen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG). Noch ungewöhnlicher ist, welche Allianzen sie dabei eingehen. Etwa mit der Aktionsgemeinschaft „Recht und Eigentum“, in der sich ostdeutsche Bodenreform-Erben wie auch die Landbesitzer von vor 1945 zusammengeschlossen haben und deren Vereinsvorsitzender Manfred Graf von Schwerin ist, der auch mal in der „Jungen Freiheit“ veröffentlicht. Graf von Schwerin war von den Grünen nach Güstrow eingeladen worden zu einem Gedankenaustausch über die Entwicklung des ländlichen Raums. „Mitgebracht“ hatte ihn der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag von Brandenburg, Axel Vogel. Als das Plenum sich in die Arbeitsgruppen Massentierhaltung, Artenvielfalt und DDR-Erbe in der Landwirtschaft aufteilte, war letztere die größte – und sie war vor allem mit Leuten besetzt, die nicht unbedingt zu den Grünen-Anhängern zählen.

Vor den Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, die seit 2011 im Schweriner Landtag sitzen, hatte die Partei schon in Brandenburg das Thema LPG-Umwandlungen besetzt gegen die rot-rote Landesregierung und bisweilen mit der CDU. Vor allem Vogel wurde dabei zu einem Fachmann für Eigentumsfragen. Dabei interessierte ihn zunächst mehr, weshalb der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in Brandenburg seit Mitte der neunziger Jahre stagniert. Die Antwort lautet aus seiner Sicht: Schuld ist die Struktur der ostdeutschen Landwirtschaft. Die besteht vor allem aus Großbetrieben von mitunter 5000 Hektar und mehr, eben den Nachfolgern der früheren LPG oder der Volkseigenen Güter (VEG). Erfolgreiches ökologisches Wirtschaften aber scheint Vogel, der aus dem Westen stammt, besser in kleineren Betrieben möglich. Er kann sich dabei auf die EU-Kommission berufen, die ihre Agrarförderung so ausrichten will. Vogel fragte sich, wie es zu der ostdeutschen Struktur überhaupt hatte kommen können. Das Thema spielte in der Enquetekommission des Landtags Brandenburg, „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat“, eine Rolle. Die Kommission hat im März ihren Abschlussbericht vorgelegt. Vogel

schaftte es, in der Kommission gegen die Stimmen von SPD und Linkspartei eine Initiative zu beschließen, die zum Ziel hat, die sogenannten Neusiedlererben mit Flächen aus dem Landesbesitz zu entschädigen. Die Kommission empfahl der Landesregierung, zunächst keine Flächen aus der Abwicklung der Bodenreform mehr zu verkaufen.

Solchen Druck würden nun auch die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen. Aus ihrer Sicht dienten sie damit der Umwelt und der Entwicklung des stark von der demographischen Entwicklung betroffenen ländlichen Raumes. Zugleich aber schärfen sie ihr Profil als Opposition im Schweriner Schloss. Doch der Sachverhalt ist kompliziert. Zum einen geht es um die Rechtmäßigkeit der Bodenreform in Ostdeutschland unmittelbar nach dem Krieg, zum anderen um die der LPG-Umwandlungen am Ende der DDR. Die Bodenreform hatte das Land verteilt; die alten Eigentümer wurden entschädigungslos enteignet. Als wenige Jahre später in der DDR die Landwirtschaft kollektiviert wurde, brachten die Mitglieder ihr Eigentum in die Genossenschaft ein. Als die LPG aufgelöst wurden, hätten folglich die Eigentümer beziehungsweise ihre Erben das Land zurückbekommen müssen. Freilich hatte der Gesetzgeber eine Einschränkung gemacht:

Nur der bekam es wieder, der auch noch in dem jeweiligen Betrieb arbeitete. Für die Bundesrepublik war das ein Weg, den Neuanfang in der Landwirtschaft im Zuge der Einheit nicht noch mehr zu belasten. Für Graf von Schwerin und viele Betroffene ist es ein glatter Rechtsbruch. Der Potsdamer Rechtsanwalt Thorsten Purps, der in Güstrow zum Berater der Grünen wurde, hat den Fall am Beispiel Brandenburgs schon gründlich beleuchtet. „Vom Staat enterbt“ heißt sein streitbares Buch. Selbst der Bundesgerichtshof nannte den Umgang mit dem Bodenreform-Land „sittenwidrig“. Zumal bei dieser Gelegenheit auch die ostdeutschen Bundesländer dank einer Stichtagsregelung zu großem Landbesitz gelangten, weil viele der Eigentümer von ihren Ansprüchen gar nichts wussten.

Nun dürfte es allerdings heute kaum noch möglich sein, die „Enterbung“ bei den als gelungen geltenden LPG-Umwandlungen rückgängig zu machen. Alle Fristen dafür sind längst verstrichen. Anders jedoch ist es bei den nicht rechtmäßig zustande gekommenen Umwandlungen. Damit sind jene gemeint, die juristisch angreifbar sind, etwa weil die Mitglieder der Genossenschaft nicht ausreichend in die Entscheidungen einbezogen wurden. Für ausscheidende Mitglieder gab es magere Entschädigungen. Dass auf dem Land jetzt Altersarmut zu finden sei, habe auch

damit zu tun, erläuterte Vogel in Güstrow. 1719 LPG-Umwandlungen hat es in den neuen Bundesländern bis zum Stichtag Ende 1991 gegeben. Eine Studie von 2003 hatte aber gezeigt, dass 189 davon als unwirksam galten. Im Agrarland Mecklenburg-Vorpommern waren 46 von 305 Umwandlungen nicht wirksam. Ungefähr die Hälfte der misslungenen Umwandlungen ist noch immer nicht bereinigt. Hier bestehen sozusagen die alte LPG und der neue Betrieb nebeneinander, ein unhaltbarer Zustand. „Rechtsfrieden herstellen“ heißt für Vogel deshalb das Ziel. In Brandenburg sei das gelungen, in den anderen Ostländern würde die Lösung noch immer von ideologischem Streit beschwert. Das zeigte sich auch in Güstrow, wo erbittert über die Bodenreform von 1945 gestritten wurde: „Zivilisatorische Leistung“ oder „SED-Unrecht“?

Vorrangiges Ziel der Grünen ist es nun, die Rechtsprobleme zu heilen. Dahinter steht das Anliegen, zu einer aus Sicht der Partei „gesunden“ Agrarstruktur zu kommen. Das meint: weg von den Großbetrieben, die heute sogar mitunter zehnmal größer sind, als es die LPG waren. Doch Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD), der die LPG-Umwandlungen seit seiner Zeit in der Volkskammer begleitet, hat schon erklärt, dass er nicht zu verändern gedenke, was Mühe genug gekostet habe.

FAZ
24/6/2014